

Jennifer Schevarado

Zweite Sektion: „Arbeitsbeziehungen, Arbeitsverhältnisse,
Arbeiterexistenzen“

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.963>

Reprint von:

Jennifer Schevarado, Zweite Sektion: „Arbeitsbeziehungen, Arbeitsverhältnisse, Arbeiterexistenzen“, in: Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, herausgegeben von Peter Hübner, Christoph Kleßmann und Klaus Tenefeld, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 31), S. 215-225

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Jennifer Schevardo (2005), Zweite Sektion: „Arbeitsbeziehungen, Arbeitsverhältnisse, Arbeiterexistenzen“, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.963>

Ursprünglich erschienen als: Jennifer Schevardo, Zweite Sektion: „Arbeitsbeziehungen, Arbeitsverhältnisse, Arbeiterexistenzen“, in: Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, herausgegeben von Peter Hübner, Christoph Kleßmann und Klaus Tenefeld, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 31), S. 215-225

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 31

Peter Hübner / Christoph Kleßmann /
Klaus Tenfelde (Hg.)

Arbeiter im Staatssozialismus

Ideologischer Anspruch und
soziale Wirklichkeit



2005

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

ZZF 17226 (HISD)ZEF

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung:

Arbeiter mit Zahnrad – Geschenk der Warschauer Ursus-Werke an Wilhelm Pieck
(Deutsches Historisches Museum, Berlin)

© 2005 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln
Tel. (0221) 913 90-0, Fax (0221) 913 90-11
info@boehlau.de

Alle Rechte vorbehalten
Druck und Bindung: MVR Druck GmbH, Brühl
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in Germany

ISBN 3-412-18705-4

Inhalt

Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde

Einleitung 9

Klaus Tenfelde

Arbeiter, Arbeiterbewegungen und Staat im Europa des „kurzen“
20. Jahrhunderts..... 17

Peter Hübner

ERSTE SEKTION:
„Arbeiterstaat“ als politische Konstruktion und Inszenierung..... 35

Dietrich Beyrau

Das sowjetische Modell – Über Fiktionen zu den Realitäten..... 47

Christoph Boyer

Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und staatssozialistische
Entwicklungspfade: konzeptionelle Überlegungen und eine
Erklärungsskizze 71

Lenka Kalinová

Mythos und Realität des „Arbeiterstaates“ in der Tschechoslowakei..... 87

Ivo Georgiev

Die Arbeiter als Modernisierungsbremse im realsozialistischen
Bulgarien?..... 109

Dragoş Petrescu

Workers and Peasant-Workers in a Working-Class’ „Paradise“:
Patterns of Working-Class Protest in Communist Romania..... 119

Anikó Eszter Bartha

The Disloyal „Ruling Class“: The Conflict between Ideology and
Experience in Hungary 141

Simone Barck/Dietrich Mühlberg

Arbeiter-Bilder und Klasseninszenierung in der DDR.
Zur Geschichte einer ambivalenten Beziehung 163

Rainer Gries

Dramaturgie der Utopie. Kulturgeschichte der Rituale der
Arbeiter-und-Bauern-Macht..... 191

Jennifer Schevardo

ZWEITE SEKTION:
„Arbeitsbeziehungen, Arbeitsverhältnisse, Arbeiterexistenzen“ 215

André Steiner

Einkommen in den Ostblockländern.
Annäherungen an einen Vergleich 227

Peter Hübner

Arbeitsbeziehungen und soziale Sicherungen für Arbeiter
in Ländern des sowjetischen Blocks..... 249

Annette Schuhmann

„Macht die Betriebe zu Zentren der Kulturarbeit“.
Gewerkschaftlich organisierte Kulturarbeit in den Industriebetrieben der
DDR in den fünfziger Jahren: Sozialhistorisches Novum oder
Modifizierung betriebspolitischer Traditionen? 271

Małgorzata Mazurek

Das Alltagsleben im sozialistischen Betrieb am Beispiel der
„Rosa-Luxemburg-Werke“ in Warschau an der Schwelle zur
„kleinen Stabilisierung“ 291

József Ö. Kovács

Arbeiterexistenz in Ungarn nach 1956. Einige Schnittpunkte der
Mikro- und Makrogeschichte..... 319

Mary Fulbrook

DRITTE SEKTION:
Arbeiter in sozialen und politischen Konfliktkonstellationen
Einführung..... 347

Helke Stadtland

Konfliktlagen und Konfliktformen. Arbeiter in der DDR zwischen
Integration, Disziplinierung und Verweigerung..... 357

Renate Hürtgen

Konfliktverhalten der DDR-Arbeiterschaft und Staatsrepression
im Wandel 383

Bernd Gehrke

Weichenstellungen zum Disparaten.
Vom schwierigen Verhältnis der DDR-Opposition zur Arbeiterschaft..... 405

Jędrzej Chumiński/Krzysztof Ruchniewicz

Arbeiter und Opposition in Polen 1945–1989 425

Mark Pittaway

Accommodation and the Limits of Economic Reform: Industrial
Workers during the Making and Unmaking of Kádár's Hungary 453

Peter Heumos (München/Moosburg)

Zum industriellen Konflikt in der Tschechoslowakei 1945–1968 473

Anhang

Autorenverzeichnis 499

Literaturauswahl..... 500

Abkürzungsverzeichnis 512

Jennifer Schevarado

Zweite Sektion: „Arbeitsbeziehungen, Arbeitsverhältnisse, Arbeiterexistenzen“

Die Gesellschaft sozialistischer Staaten wird oft als „arbeiterlich“ bezeichnet. Unabhängig davon, ob man dieser Pointierung folgt oder nicht, ist wohl sicher, daß diese Gesellschaften in hohem Maße von Arbeit geprägt waren. Mit dem Themenkreis „Arbeitsbeziehungen, Arbeitsverhältnisse, Arbeiterexistenzen“ wird also ein Bereich berührt, der eins der wichtigsten Laboratorien staatssozialistischer Politik war. Die besondere Bedeutung der Arbeitswelt sozialistischer Staaten betont auch Peter Hübner in seinem Beitrag. Er weist darauf hin, daß diese Sphäre seit 1989 eine nachträgliche, überwiegend positive Bewertung durch die ehemalige Bevölkerung erfahren habe und sie darum heute einen zentralen Bezugspunkt sentimentaler Rückschau darstelle.

In den vorliegenden Beiträgen des Themenkreises lassen sich, so scheint mir, vier thematische Schwerpunkte ausmachen: 1. Die innere Differenzierung der Arbeiterschaft. 2. Die Herausbildung sozialer Subsysteme in der Arbeitswelt. 3. Die betrieblichen Arbeitsbedingungen im Spannungsfeld sozial- und wirtschaftspolitischer Ziele. 4. Die Einordnung des Staatssozialismus in die Geschichte der Arbeiterbewegung. Im folgenden möchte ich die wichtigsten Aspekte der Beiträge zu den genannten Schwerpunkten (1.–4.) zusammenstellen und abschließend (5.) einige mögliche Perspektiven für die weitere Forschung aufzeigen.

1. Die innere Differenzierung der Arbeiterschaft

Ausgehend von der These, daß die Arbeiter im Sozialismus als einheitliche Klasse konstruiert und die beschworene Einheit der Arbeiterklasse wiederum eine wesentliche Legitimationsstrategie der Machthabenden war, kann der Fortbestand innerer Differenzierung der Arbeiterschaft – ganz allgemein formuliert – als Quelle von Konflikten betrachtet werden.

Soziale Unterschiede bestanden erstens als Fortsetzungen tradiertter Strukturen der Gesellschaft, die zu Beginn der fünfziger Jahre von der in den einzelnen Staaten Ostmittel- und Osteuropas initiierten kollektiven Mobilisierung erfaßt wurde. Die zukünftige einheitliche Arbeiterklasse setzte sich zunächst aus einer heterogenen Masse von Menschen mit unterschiedlichen sozialen, ethnischen, religiösen und mentalen Hintergründen zusammen. Diese

Differenzen beeinflussten die Haltung einzelner oder einzelner Gruppen gegenüber der intendierten Konstruktion einer einheitlichen Klasse; sie bestimmten wesentlich, wer sich von dieser Transformation angesprochen und aufgenommen fühlte oder wer eher Verluste fürchtete. Wird die jeweilige Zusammensetzung dieser Massen untersucht, treten die historisch bedingten sozio-ökonomischen und kulturellen Spezifika der einzelnen Länder in den Vordergrund. Dabei zeigt sich deutlich, daß die Art der tradierten gesellschaftlichen Struktur die unterschiedlichen Transformationsdynamiken der Länder stark beeinflusst hat.

Ausführlich thematisiert wird die Frage nach der sozialen Herkunft der Arbeiterschaft in dem Beitrag von József Ö. Kovács. Er hebt für den ungarischen Fall hervor, daß ein großer Teil der Industriearbeiter ursprünglich aus der Landwirtschaft stammte. Die Bedeutung dieses Umstandes liegt v. a. darin, daß sich dieser Teil der Arbeiterschaft dauerhaft resistent gegen Versuche politischer Mobilisierung zeigte. Dies lag nicht zuletzt daran, daß sie ihre Freizeit – an den Abenden und am Wochenende – nicht in der Werkswohnung sondern auf dem Land bei ihrer Familie verbrachten und darum kaum kulturelle oder politische Veranstaltungen besuchten. Zudem verfügte ein Großteil von ihnen noch über landwirtschaftliche Nebeneinkommen, so daß sie für materielle Anreize, die in der industriellen Produktion gesetzt wurden, weniger empfänglich waren.

Als weiteres, wichtiges Element innerer Differenzierung und daraus möglicherweise resultierender Widerstände gegen die politische Mobilisierung kann auch die religiöse Prägung einer Gesellschaft betrachtet werden. Der Katholizismus spielte v. a. in Ungarn und Polen eine große Rolle, jedoch kaum in der DDR.

Auch geschlechterspezifische Unterschiede werden in diesem Zusammenhang thematisiert, die der Tatsache Rechnung tragen, daß in den fünfziger Jahren massenhaft Frauen in die industrielle Produktion eintraten. Dadurch, daß sich die traditionellen Familienstrukturen zumeist langsamer als die Produktionsverhältnisse transformierten, standen weibliche Arbeitskräfte bereits aus Zeitgründen weniger für politische Inbeschlagnahme zur Verfügung. Zudem kann vermutet werden, daß sie damit auch mental bzw. kulturell in zwei Welten standen, was ihre Disposition zur ideologischen Mobilisierung ebenfalls beeinflusst haben mag.

Die spezifischen Widerstände gegenüber der Konstruktion einer einheitlichen Klasse mußten die kommunistischen Parteien nicht nur einmal überwinden, sondern diese erwiesen sich als durchaus persistent. Für die Länder, in denen es bereits vor der sozialistischen Transformation eine ausgeprägte Industriearbeiterschaft gegeben hatte – also besonders die DDR und die Tschechoslowakei – läßt sich z. B. das Fortbestehen alter Hierarchien zeigen. Den Status eines Arbeiters im Vergleich zu seinen Kollegen bestimmten traditionelle Kriterien wie Qualifikation, persönliche Beziehungen, Alterklasse, natürlich Geschlecht und auch die Berufsgruppe. Es reichte demnach nicht, die Arbeiterschaft als einheitliche Gruppe zu formieren, sondern sie mußte dauerhaft erzogen und immer wieder für das Regime gewonnen werden. Dies zeigt sich auch am Beispiel der „kulturellen Massenarbeit“ in den Betrieben der DDR, die Annette Schuhmann in ihrem Beitrag behandelt. Deren Inhalte wurden zunächst durch das kulturevolutionäre Selbstverständnis der SED bestimmt, doch mittelfristig gelang es nicht, die traditionelle Trennung zwischen Hoch- und Massenkultur aufzuheben. Damit wurden auch hier entsprechende, bereits bestehende soziale Ungleichheiten zwischen Arbeitern nicht aufgelöst sondern konserviert.

Neben den verschiedenen Prädispositionen waren es zweitens die sozialistischen Arbeitsbedingungen selbst, die innerhalb der als einheitlich konstituierten Arbeiterschaft erhebliche Unterschiede schufen. Dies aber stand im Widerspruch zum egalitaristischen Grundtenor des Sozialismus. André Steiner zeigt in seinem Beitrag, wie sich das pragmatische Ziel der politischen Führungen, Wirtschaftswachstum primär über eine gesteigerte Arbeitsproduktivität zu erreichen in der Lohnpolitik auswirkte. Über materielle Anreize sollten die Arbeiter zu mehr Leistung motiviert werden. Die Einkommen – so zeigt Steiner – waren in den staatssozialistischen Ländern tatsächlich recht ungleich verteilt und dies am deutlichsten in den Ländern des Ostblocks, die ein eher geringes Produktivitätsniveau aufwiesen. Umgekehrt waren in der DDR und der Tschechoslowakei die Ungleichverteilungen weniger ausgeprägt.

Offensichtliche Ungleichheit stand im Gegensatz zum ideologischen Anspruch der kommunistischen Regierungen sowie zu den teilweise deutlich vertretenen Forderungen der Arbeiter. Darum scheuten sich die Regierungen in Ländern mit einer traditionell starken Arbeiterbewegung zunächst, Mechanismen zur Differenzierung der Einkommen anzuwenden. Erst nach und nach wurden überall individuelle Leistungen deutlicher und gezielt belohnt. So entstand in den Lohnsystemen sozialistischer Staaten allmählich eine ganze Reihe von Abstufungen durch Einkommensklassen, Leistungsbewertung, Wettbewerbe und Prämien. Gleichzeitig nahm die Zahl der wirtschaftlichen Ziele zu, für deren Erfüllung den Arbeitern materielle Vorteile winkten. Lohnunterschiede wurden z. B. auch als Mittel der Arbeitskräfte lenkung eingesetzt.

Dadurch jedoch, daß die staatssozialistischen Regierungen ihre wirtschaftspolitischen Prioritäten deutlich markierten, wurden sie erpreßbar. Die Arbeiterschaft konnte auf diese Weise mit der Drohung, ihre Kooperation zu verweigern, höhere Löhne oder andere Konzessionen erzwingen. Die staatlichen Versuche, die Arbeitsproduktivität über die Löhne anzuregen, führten in den sozialistischen Ländern tendenziell dazu, daß die Einkommen mittelfristig wesentlich stiegen, was wiederum die latenten Versorgungsprobleme verschärfte. Umgekehrt wurden die Versuche der Regierungen, höhere Löhne tatsächlich an Produktivitätssteigerungen zu binden, von den Arbeitern sabotiert. Sie paßten ihre Leistung entsprechend an und drosselten damit das intendierte Wirtschaftswachstum. Doch auch wenn der dem Sozialismus inhärente Egalitarismus praktisch umgesetzt werden sollte, zog dies unerwünschte ökonomische Effekte nach sich. So wurden in Ungarn die Einkommen zwischen den unterschiedlichen Qualifikationsstufen des gleichen Tätigkeitsbereiches aus Gründen der Gleichbehandlung kontinuierlich nivelliert; die Folge war, daß der durchschnittliche Ausbildungsgrad der Arbeiter erheblich sank, was wiederum letztlich das Innovationspotential der Betriebe negativ beeinträchtigte.

Ein weiteres, aus den sozialistischen Arbeitsbedingungen resultierendes Unterschiedsmerkmal war die Zeiteinteilung, die sich durch die Struktur der Arbeitsplätze ergab. Wie Małgorzata Mazurek in ihrem Beitrag zeigt, waren unter den Bedingungen tayloristischer Akkordarbeit die einfachen Maschinenarbeiter erheblich schlechter gestellt als die qualifizierten oder leitenden Arbeiter oder gar die Angestellten. Dies galt sowohl in bezug auf ihren Status innerhalb der Belegschaft, als auch in Hinblick darauf, wie sie von den Betriebsleitungen behandelt wurden, ihre Bewegungsfreiheit, sozialpolitische Leistungen, die sie erhielten etc. Da Formen der Arbeitsteilung oftmals auch auf physiognomische Aspekte

zurückgeführt wurden, verliefen die funktionalen Hierarchien nicht selten deckungsgleich mit der Geschlechtergrenze.

Die Konzentration der Analyse auf den Faktor Arbeit weist schließlich noch auf eine weitere Art der Differenzierung hin, die Peter Hübner in seinem Beitrag thematisiert. Die Bindung einer ganzen Reihe von sozialpolitischen Leistungen an den Arbeitsplatz war im Staatssozialismus so eng, daß diejenigen, die nicht oder nicht mehr aktiv am Arbeitsprozeß teilhatten, aus dem Leistungssystem ganz oder teilweise herausfielen. Der Zusammenhalt und die Funktionsweise der staatssozialistischen Gesellschaft beruhten so fundamental auf dem Phänomen der Arbeit, daß die Exklusion aus diesem Bereich für die Betroffenen, also die Nicht- oder Nicht-Mehr-Arbeitenden, existentiell bedrohliche Folgen haben konnte.

2. Die Ausbildung gesellschaftlicher Subsysteme in der Arbeitswelt

Betrachtet man die theoretischen Prämissen der vorliegenden Beiträge, dann fällt ins Auge, daß sich der aus allen Spielarten des Totalitarismusansatzes stammende Dualismus zwischen Herrschenden und Beherrschten derweil aufgelöst hat und statt dessen Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Sphären und ihre gegenseitige Durchdringung betont werden. Damit stellt sich die Frage nach der Präsenz der Macht in der Gesellschaft, nach ihren Akteuren und der Praxis dieser Machtausübung. Sie führt konsequenterweise zu mikrohistorischen Analysen, wie sie den meisten Beiträgen zugrunde liegen. Den institutionellen Rahmen der Untersuchung bildet jeweils der Betrieb. Die oberste Herrschaftsebene, also Staats- und Parteiführung bzw. deren direkte Interventionen, treten dabei in den Hintergrund, teilweise verschwinden sie ganz. Herrschaft an sich wird jedoch nicht obsolet, sondern sie wird zum Teil verlagert auf die mittlere Führungsebene. Hier finden sich verschiedene Akteure: die Betriebsleiter als staatliche Vertreter sowie die Repräsentanten von Partei und Gewerkschaft in den Betrieben. Damit rückt eine besonders heikle Schicht ins Zentrum der Betrachtung, denn diese war sowohl herrschend als auch beherrscht, mußte stets zwischen „oben“ und „unten“ ausgleichen und drohte ständig, zwischen den konfligierenden Interessen zerrieben zu werden. Wenn Peter Hübner das konsensuale Moment in den sozialistischen Arbeitsbeziehungen und die Dominanz konfliktvermeidender Strategien hervorhebt, scheint dies besonders auf diese Meso-Ebene der Führung zuzutreffen.

Die „mittleren“ Kader waren wesentlich an der Herausbildung informeller Netzwerke in der Arbeitswelt beteiligt. Sie konnten dabei erfolgreich sein, weil sie im Gegensatz zu den höheren Instanzen einen schnelleren Zugang zu Informationen und direktere Möglichkeiten der Kontrolle hatten. Wie Małgorzata Mazurek für das polnische Beispiel anschaulich macht, hingen die konkreten Arbeitsbeziehungen innerhalb der Betriebe stark von den persönlichen Beziehungen zwischen den Arbeitern, der Betriebs- bzw. Abteilungsleitung und den Gewerkschaftsfunktionären ab. Die staatlich dekretierte Betriebsverfassung war somit eine Sache, die tatsächliche Ordnung des betrieblichen Lebens jedoch eine gänzlich andere. Dabei scheint es überwiegend einen solidarischen Zusammenhalt zwischen den Akteuren

auf der Betriebsebene gegeben zu haben, der darauf zielte, sich gegen Kontrollen und Bestrafung von oben abzugrenzen.

Informelle Netzwerke bildeten sich auch deshalb heraus, weil die intermediären Strukturen versagten. Die Gewerkschaften wurden von einem Organ arbeiterlicher Interessenvertretung in einen Transmissionsriemen der Partei-Politik umgepolt. Ein solches Umfunktionsieren war aus dem Selbstverständnis des sozialistischen Staates heraus als Erfüllung des Klassenkampfes zu rechtfertigen. Damit verloren aber die Gewerkschaften ihre traditionellen Aufgaben im Dienste der Belegschaften. Bei Lohnkonflikten waren es – wenn überhaupt – die Funktionäre der unteren Einheiten, die den Arbeitern näherstanden, die sich deren Forderungen annahmen, sich aber gegen die höheren Ebenen, deren Vertreter oftmals auch staatliche oder parteiliche Funktionen innehatten, nicht durchsetzen konnten. In Polen ist darum für die sechziger Jahre die Tendenz festzustellen, daß die Probleme der Arbeiter in den Betrieben zunehmend individuell und weniger kollektiv behandelt wurden. Die Arbeiter suchten sich alternative und v. a. informelle Wege der Interessenvertretung, die wiederum innerhalb der Belegschaft bzw. in deren Untergruppen nicht nur gedeckt sondern auch kontrolliert wurden. Unter dem Druck von oben entstanden demnach alternative Handlungsräume, die den Arbeitern zwar Bewegungsfreiheit aber auch neue Einschränkungen brachten und die darüber hinaus vor staatlicher und parteilicher Einflußnahme nahezu abgeschirmt waren.

Daß sich im Staatssozialismus vielfach gesellschaftliche Subsysteme herausgebildet haben, wird nur selten bestritten; jedoch scheint ihre Bedeutung – wirtschaftlich und politisch – ambivalent. Meistens wird angenommen, daß diese Netzwerke zumindest auch systemstabilisierend gewirkt haben. Dies macht besonders der von Peter Hübner gewählte Begriff der „territorialen Rationalisierung“ deutlich. Wenn die Zentralinstanzen unfähig waren, ihren versorgungspolitischen Aufgaben nachzukommen, konnten informelle Netzwerke dazu beitragen, Ressourcen aufzutreiben und die Produktion aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig waren diese Ressourcen von der Zentrale irgendwo vorgesehen und die nicht plangemäße Allokation riß Löcher an anderen Stellen.

Die zweischneidige Wirkung der Subsysteme läßt sich auch auf politischer Ebene feststellen. Die mittleren Kader schufen alternative Machtzentren, die für die Belegschaften durchaus positive Effekte haben konnten und die dann vielleicht als Sympathie auf das System selbst zurückprojiziert wurden. Die Regierenden waren zur Ausübung ihrer Macht auf die Meso-Ebene angewiesen, weil ihre Vertreter dafür sorgten, daß die unteren Einheiten wie Betriebe, Massenorganisationen, Kommunen etc. funktionierten. Doch je besser ihnen dies gelang, desto stärker wurden die obersten Herrschaftsebenen selbst dadurch delegitimiert.

So wie die Bedeutung und der Handlungsspielraum der informellen Netzwerke in den staatssozialistischen Ländern in hohem Maße von der Art und Reichweite der jeweiligen Machtausübung abhing, so ist ihre Funktionsweise nicht für die gesamte Existenz der sozialistischen Staaten als konstant anzusehen. Bezüglich der Herrschaftspraxis in den Betrieben lassen sich unterschiedliche Phasen ausmachen, deren Grundzüge weitgehend den einzelnen Ländern gemeinsam sind. Dies liegt nicht zuletzt daran, daß die Regierungen der ostmittel- und osteuropäischen Länder ähnliche wirtschaftspolitische Ziele formulierten. Wie André Steiner in seinem Beitrag darlegt, wurden in der Phase der stalinistischen Industrialisierung

sämtliche Produktionsfaktoren mobilisiert. Mittelfristig sollte jedoch extensives durch intensives Wachstum abgelöst werden.

Diese unterschiedlichen Maßgaben wirkten sich deutlich auf den Produktionsfaktor Arbeit aus: Der Herrschaftsstil gegenüber den Arbeitern wandelte sich. Während in den fünfziger Jahren überwiegend direkte und gewaltvolle Instrumente wie Repression und Propaganda zum Einsatz kamen, scheint in den sechziger Jahren der Einfluß von Partei und Staat in die betriebliche Sphäre eher rückläufig gewesen zu sein. Die in einigen staatssozialistischen Ländern unternommenen Reformversuche setzten auf eher indirekte Formen der Lenkung. Es war vorgesehen, Macht zu dezentralisieren und die mittleren und unteren Einheiten stärker teilhaben zu lassen.

Für den Bereich der betrieblichen Kulturpolitik in der DDR stellt Annette Schuhmann fest, daß der in den fünfziger Jahren vehement vertretene erzieherische Anspruch, der von seiten der Partei in die Arbeitswelt hineingetragen worden war, in den Sechzigern als gescheitert angesehen und aufgegeben wurde. Die Arbeiter erhielten größeren Einfluß auf die betriebliche Kulturarbeit; deren Inhalte wurden entpolitisiert und sie drehte sich nun stärker um Aspekte wie Vergnügen und Konsum.

3. Die betrieblichen Arbeitsbedingungen im Spannungsfeld sozial- und wirtschaftspolitischer Ziele

Im Staatssozialismus erfuhren die Arbeitswelt im allgemeinen und der (volkseigene) Betrieb im besonderen eine doppelte Funktionalisierung. Zum einen mußten sie die Erfüllung teilweise recht hochgesteckter wirtschaftlicher Pläne gewährleisten, zum anderen sollten sie Anknüpfungspunkte für die positive Identifikation der Arbeiterschaft bieten. Auch die Rolle der Arbeiter selbst war damit gedoppelt. Einerseits waren sie wichtiger Produktionsfaktor, andererseits stellten sie als bevorzugte Klasse die Gruppe dar, gegenüber der sich die Regime stets in legitimatorischer Bringschuld sahen. Die Zahl der möglichen Zielkonflikte zwischen wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen erscheint darum nahezu unbegrenzt. Erschwerend kam hinzu, daß gerade in der Arbeitswelt die Dysfunktionalitäten der Planwirtschaft wie Materialmängel, Überalterung der Maschinen, Motivationsdefizite etc. alltäglich präsent waren. Insofern stellte sich das zusätzliche Problem, daß die tatsächlichen Effekte von Maßnahmen nicht den Intentionen entsprachen und daß auch die regierenden Parteien oftmals gar nicht so konnten, wie sie wollten.

Der latente Widerspruch zwischen wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen trug auch wesentlich dazu bei, daß die Ansätze zu wirtschaftlichen Reformen in Ostmitteleuropa in den sechziger Jahren scheiterten. André Steiner legt dar, wie in der Tschechoslowakei die in den Reformen enthaltenen Mechanismen, mit denen das Gewinnstreben der Betriebe und der Arbeiterschaft als Leistungsmotivation genutzt werden sollten, wegen des sozialistischen Gleichheitsanspruches in die Kritik gerieten. Auch in Ungarn waren die zunehmend negativ wahrgenommenen Einkommensunterschiede ein wichtiger Grund für den Abbruch der Reform.

In der betrieblichen Arbeitswelt tritt der genannte Zielkonflikt noch deutlicher und konkreter hervor. Małgorzata Mazurek zeigt für den von ihr untersuchten Betrieb, daß die maschinisierte Akkordarbeit die Arbeiter unter erheblichen Druck setzte, der sich zudem noch verstärkte, wenn die Produktion wegen Materialmangel nicht reibungslos verlief. Die schlechten Arbeitsbedingungen führten zu einem durchweg hohen Krankenstand der Belegschaft. Die Betriebsleitungen reagierten darauf hilflos und mit überwiegend repressiven Maßnahmen. Dies kollidierte jedoch mit dem fürsorgerischen Auftrag der Funktionäre, dessen sie sich allmählich bewußt wurden. Das Bemühen, die betriebliche Gesundheitsvorsorge zu verbessern, endete allerdings jeweils dort, wo die Produktionsbedingungen selbst hätten thematisiert werden müssen. Die tatsächlichen Gesundheits-Gefährdungen im Betrieb, Arbeitssicherheit oder Berufskrankheiten blieben so unberührt.

Auch am Beispiel der betrieblichen Kulturpolitik in der DDR zeigt sich die enge und problematische Verquickung sozialer und wirtschaftlicher Anliegen. In den fünfziger Jahren wurde die Arbeit der Gewerkschaft überwiegend in den Dienst produktionspolitischer Ziele gerückt. Gewerkschaftliche Kulturarbeit sollte v. a. die staatlichen Maßnahmen zur Produktionssteigerung – namentlich Leistungslohn und Wettbewerbsbewegung – propagieren und unterstützen. Der Wandel der Inhalte der Kulturarbeit, den Annette Schuhmann für die sechziger Jahre zeigt, war eine Reaktion auf die geringe Akzeptanz des vorherigen Kulturangebotes in der Arbeiterschaft. Genauso steht er aber auch im Kontext der wirtschaftlichen Reformen dieser Zeit, die darauf zielten, die Eigenständigkeit der Betriebe auszudehnen und die „materielle Interessiertheit“ der Arbeiter anzuregen. Beide Aspekte finden sich in der Neugestaltung der betrieblichen Kulturarbeit innerhalb der Brigadebewegung wieder. Die Wahl der Inhalte war nun freier und die Verbindung mit entsprechenden Prämien führte zu einer größeren Teilnehmerzahl bei diesen Aktivitäten.

Tendenziell läßt sich für alle staatssozialistischen Länder zeigen, daß im Laufe der Zeit sozialpolitische Ziele gegenüber wirtschaftspolitischen aufgewertet wurden. Daraus resultierte wiederum eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Ineffizienzen. In diesem Zusammenhang ist der Hinweis von József Ö. Kovács besonders interessant, daß das staatlich garantierte Recht auf Arbeit umgekehrt formuliert bedeutete, daß die Regierungen gezwungen waren, Vollbeschäftigung zu gewährleisten – mit allen daraus resultierenden Kosten. In Ungarn führte dies z. B. dazu, daß das Anforderungsprofil der Arbeitsplätze an die durchschnittlichen Fähigkeiten der Arbeiter angepaßt wurde.

Für die siebziger Jahre wird zumeist angenommen, daß sozialpolitische Leitlinien verabsolutiert wurden, was eine ganze Reihe wirtschaftlicher Ineffizienzen verursachte. André Steiner zeigt z. B. daß die tschechoslowakische Regierung während der Zeit der „Normalisierung“ immer wieder forderte, die Einkommen stärker zu differenzieren, um so die Produktivität anzuregen. Doch dem widersetzten sich die Betriebe, die daran, nachdem ihre Beteiligung am Gewinn eingeschränkt worden war, keinerlei Interesse hatten.

Es muß aber auch darauf verwiesen werden, daß das seit den siebziger Jahren geltende Primat der Sozialpolitik in legitimatorischer Sicht nicht ohne Erfolge blieb. Die betrieblichen Beziehungen im Staatssozialismus waren in einigen Ländern außerordentlich stabil. Dies führte z. B. in der DDR dazu – so Peter Hübner –, daß Arbeiterstreiks bei der „Wende“ 1989 nur eine geringe Rolle spielten. Allerdings scheint einiges dafür zu sprechen, daß der nostalgisch-verklärende Blick auf die sozialistische Vergangenheit und das, was vermeint-

lich dort besser war, eher auf die jeweils spezifische Transformationssituation eines Landes und nicht auf die tatsächliche zeitgenössische Bedeutung des Erinnerungsobjektes zurückzuführen ist.

4. Die Einordnung des Staatssozialismus in die Geschichte der Arbeiterbewegung

Obwohl seit der Öffnung der Archive unzählige Studien über sehr spezielle Aspekte der einzelnen ehemals staatssozialistischen Länder erschienen sind, erweist sich das traditionelle Blockdenken auch heute noch als wirkungsmächtig. Dies jedenfalls scheint der Grund dafür zu sein, daß das Schlagwort von der „Sowjetisierung“ der Länder Ostmittel- und Osteuropas nach dem Zweiten Weltkrieg immer noch und immer wieder recht großen Raum in den Debatten einnimmt. Natürlich handelt es sich dabei schon lange nicht mehr um einen Kampfbegriff, dennoch scheint er in den ehemals sozialistischen Ländern selbst oftmals die Funktion einer nachträglichen Rechtfertigung zu erfüllen. Die größtenteils gewaltvolle Installation eines autoritären Systems wird als ein exogenes Ereignis dargestellt, das damit aus der eigenen historischen Verantwortung ausgeklammert wird. József Ö. Kovács z. B. zitiert den ungarischen Soziologen István Kémeny, der die traditionelle Verankerung liberaler Ideen in der ungarischen Gesellschaft hervorhebt, die letztlich nur durch rohe physische Gewalt habe niedergerungen werden können. Eine solche Argumentation betont den terroristischen Charakter der sozialistischen Transformation, beschreibt das sowjetische Modell als etwas Fremdes und auch Vormodernes, das der eigenen Gesellschaft aufoktroziert wurde. Der heuristische Wert dieser Sicht ist jedoch begrenzt. Sie blendet aus, daß auch während der sozialistischen Zeit in den einzelnen Ländern Traditions- und lange Entwicklungslinien wirksam waren, die dazu führten, daß die entstehenden Systeme teilweise sehr unterschiedlich waren. Eine Gesamtgeschichte des Staatssozialismus muß darum – auch wenn dies vielleicht auf Kosten ihrer Griffbarkeit geht – nicht nur den Bruch, den er bedeutete, sondern auch die jeweiligen Kontinuitäten, nicht nur das sowjetische Modell, sondern auch die nationalen Spezifika ins Auge fassen.

Dabei scheinen zwei Aspekte für die jeweilige Installation und Entwicklung des Sozialismus besonders einflußreich. Zum einen muß nach der Tradition autoritärer Strukturen in den Ländern, z. B. den illiberalen Systemen der Zwischenkriegszeit gefragt werden. Dies ist bis dato – außer für die DDR, deren totalitärer Vorläufer natürlich bestens erforscht ist – erst ansatzweise und wenn, dann selten aus den Ländern selbst, geschehen. Hier scheint immer noch eine eher reflexartige Abwehr gegen diesen Teil der eigenen Geschichte zu bestehen, was sich u. a. vor ein paar Jahren in der äußerst heftigen, von deutschen Wissenschaftlern angestoßenen Debatte um den politischen Charakter der ersten tschechoslowakischen Republik und die Figur Masaryks gezeigt hat.

Zum anderen kann für den Staatssozialismus der jeweilige Einfluß traditioneller Arbeiterorganisationen in den einzelnen Ländern als determinierend angesehen werden. In dieser Hinsicht werden besondere Unterschiede deutlich. Die jeweilige sozioökonomische Struktur

der Länder hatte nicht nur großen Einfluß auf die Dynamik der Etablierungsphase des Systems, sondern erwies sich als dauerhaft prägend.

In der DDR z. B. waren die Traditionen der Arbeiterbewegung recht bedeutsam, wie Annette Schuhmann am Beispiel der betrieblichen Kulturpolitik zeigt. Diese war bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts von seiten der Unternehmer eingesetzt worden, um qualifizierte Arbeiter an sich zu binden und sie von den „Versuchungen“ der revolutionären Arbeiterbewegung fernzuhalten. Auch unter den Nationalsozialisten spielte die Kulturarbeit formal eine große Rolle, wurde aber der zentralen Anleitung durch die Deutsche Arbeitsfront (DAF) unterstellt. Deren Infrastruktur übernahm nach 1945 der FDGB. Neben allen ideologischen und damit grundsätzlichen Unterschieden zwischen der DDR-Einheitsgewerkschaft und der DAF gibt es doch einige Parallelen, z. B. der erzieherische Anspruch der betrieblichen Kulturarbeit oder auch ihr Einsatz im Dienste produktionspolitischer Ziele.

Traditionen von noch längerer Wirkungsmacht konstatiert Peter Hübner in bezug auf die Sozialversicherung, die in der DDR wesentliche Aspekte der Bismarckschen Sozialgesetzgebung nicht nur aufgriff, sondern auch bis 1990 konservierte.

Gleichzeitig sind natürlich die Elemente des Neuen, des Systemspezifischen und damit die Vorbildfunktion des sowjetischen Modells in bezug auf die Arbeitsverhältnisse in den Ostblock-Staaten nicht zu unterschätzen. Für die betriebliche Kulturpolitik der DDR verwies Annette Schuhmann v. a. auf Ähnlichkeiten auf der programmatischen Ebene – genauer: im Konzept der kulturellen Massenarbeit, die einen erzieherischen Anspruch in der Verbindung von Arbeit und Kultur vertrat – als auch in bezug auf die Institutionen – besonders in Form der betrieblichen Kulturhäuser.

Auch für das Arbeitsrecht zeigt Peter Hübner eine Reihe von Elementen, die aus der sowjetischen Verfassung von 1936 stammten und später die Arbeitsbeziehungen der Länder des gesamten Ostblocks prägten. Für Polen lassen sich aber auch recht intensive Auseinandersetzungen mit entsprechenden Konzepten im Westen und internationalen Vereinbarungen nachweisen.

5. Ausblicke

Die von mir vorgenommene Einteilung der Beiträge in vier Schwerpunkte ist recht grob und die Abgrenzung des einen vom anderen nicht immer einfach. Darüber hinaus gibt es eine Fülle von Aspekten, die nur vereinzelt behandelt wurden und darum von mir bislang unberücksichtigt blieben. Ebenso entstanden in der Diskussion der Beiträge eine Reihe von Ideen und Vorschlägen, aus denen sich zum Teil auch Aufträge für weitere Forschungen ableiten lassen. Ich will hier nur einige Beispiele nennen.

a) Bezüglich der Untersuchungszeiträume der vorliegenden Beiträge sowie der historischen Analyse des Staatssozialismus im allgemeinen zeigt sich ein gewisses Übergewicht bezüglich der fünfziger und sechziger Jahre, während die siebziger und achtziger wesentlich weniger beachtet worden sind. Das hat teilweise mit der für diese Phasen schwierigen Quellenlage zu tun, doch ließe sich das Problem mit ein wenig Phantasie und einem offenen

Blick auf methodische Alternativen vermutlich lösen. Besonders bedauerlich ist aber, daß durch die Konzentration auf die früheren Dekaden des Sozialismus die Wirksamkeit längerer historischer Entwicklungen bis in die nach 1989 einsetzende Transformationsphase hinein nur selten herausgearbeitet wird. Peter Hübner benennt in seinem Beitrag solche Kontinuitäten in bezug auf soziale Sicherungssysteme und die Dominanz konfliktvermeidender Handlungsstrategien in der Arbeitswelt und läßt damit erkennen, welche interessante Ergebnisse eine solche Perspektivierung bringen kann.

b) Die vorliegenden Untersuchungen fassen überwiegend den Betrieb als wichtigsten „Schauplatz“ der Arbeitsbeziehungen ins Auge. Diese Orientierung begründet Annette Schuhmann in ihrem Beitrag mit Verweis auf Martin Kohli, der in bezug auf die DDR den Betrieb als wesentlichen „Vergesellschaftungskern“ und die Betriebszugehörigkeit als entscheidende Markierung auf der „soziale[n] Landkarte“ bezeichnet. Diesen Annahmen kann man sicherlich zustimmen, doch sollte, wenn einzelne Betriebe untersucht werden, immer mit Bedacht werden, daß deren Ergebnisse nicht auf die gesamte Gesellschaft zu übertragen sind; zu groß waren die Unterschiede zwischen den Betrieben, was zum einen den politischen Intentionen entsprach und zum anderen aus der Struktur der Arbeit resultierte.

c) Weiterhin ließe sich das Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und anderen Bevölkerungsschichten thematisieren. József Ö. Kovács weist in seinem Beitrag auf die gleichsam vorprogrammierten Spannungen hin, die entstehen, wenn ein Staat als Diktatur der einen sozialen Gruppe konstruiert wird und deren (vermeintliche) Lebensweise als hegemoniale Kultur etabliert werden soll. Erst ansatzweise ist erforscht, wie die von Regierungsseite initiierte „Proletarisierung“ auf jene Personen ländlicher Herkunft wirkte, die im Zuge der forcierten Industrialisierung seit Beginn der fünfziger Jahre in die Städte und die Betriebe geschwemmt wurden. Darüber hinaus wissen wir bislang wenig über die Beziehungen zwischen den Arbeitern und jenen, die Bauern blieben, der technischen Intelligenz oder den Angestellten im Staatssozialismus. Noch dunkler ist das Feld dort, wo diejenigen ihr Dasein führten, die nicht oder nicht mehr Teil der Arbeitsgesellschaft waren. In diesem Sinne scheint mir Peter Hübners Vorschlag, die Perspektive auf den Staatssozialismus hin zu solchen Problemen wie Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit oder dem endgültigen Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt besonders interessant und – im Sinne einer allgemeinen Geschichte der europäischen Industriegesellschaften – zukunftssträchtig.

d) Gegen die simplifizierende Interpretation des Begriffes Sowjetisierung als gewaltsame „Überstülung“ des einen Systems auf ein anderes wurde bereits empfohlen, nationale Spezifika und lange Entwicklungslinien der einzelnen Länder zu beachten und auch endogene Prozesse, die in den Staatssozialismus mündeten, zu thematisieren. Doch auch eine solche Sicht sollte nicht die ausschließliche sein. Statt dessen scheint es lohnend, die expliziten Bezüge aufeinander und die gegenseitigen Einflüsse zwischen den Ländern zu betrachten und so Aspekte der transnationalen Verflechtung im Bereich der staatssozialistischen Arbeitsbeziehungen ins Auge zu fassen. Damit ist nicht nur der Transfer bestimmter Konzepte aus der Sowjetunion in die ostmitteleuropäischen Länder gemeint, sondern auch deren Kooperationen und Kontakte untereinander. Z. B. gab es zwischen ihnen den Austausch von

Fachpersonal oder Erfahrungen mit neuen Arbeitsmethoden; Gewerkschaftsfunktionäre berieten bei internationalen Treffen Konzepte und Themen ihrer Arbeit; innerhalb des RGW sollten für alle Mitglieder verbindliche arbeitsrechtliche Regelungen gefunden werden; wichtige ökonomische Fachtexte, die sich mit den Problemen der Planwirtschaft befaßten, wurden in viele Sprachen übersetzt.

e) Die transnationale Perspektive deckt v. a. Gemeinsamkeiten und gegenseitige Beeinflussung der staatssozialistischen Länder auf. Daneben gibt es noch ausreichend Ansätze für Vergleiche – und zwar in synchroner wie in diachroner Perspektive. Ein Kriterium könnten z. B. die Modernisierungseffekte bzw. -defizite sein, die der Staatssozialismus für die einzelnen Ländern Ostmittel- und Osteuropas bedeutete. Bei aller berechtigten grundsätzlichen Kritik am modernisierungstheoretischen Zugang, scheint dieser dennoch nützlich, wenn man ihn auf konkret leistungsfähige Indikatoren herunterbrechen kann. Als solche Aspekte schlug Christoph Kleßmann Urbanisierung, soziale Mobilität oder Partizipation vor. Die Ergebnisse einer Untersuchung nach diesen Kriterien werden für die einzelnen Länder stark divergieren und damit Auskunft über deren Ausgangsniveau vor Beginn der sozialistischen Transformation geben.

Damit sind nur einige der Richtungen aufgezeigt, in die die Erforschung des Staatssozialismus in Zukunft gehen könnte. Die Arbeitergeschichte bietet hierzu – immer noch und immer wieder – vielfältige und facettenreiche Zugänge. Und es gibt gute Gründe zu hoffen, mit der Konzentration auf den Arbeitsalltag und seine Rahmenbedingungen in das neuralgische Zentrum des sozialen Lebens im Staatssozialismus vorzustoßen.